

Kreuzburger Zeitung

Anzeiger für Konstadt und Pitschen

Die Gebühren für Anzeigen betragen 80 Pfennig für die sechsgepaltene Seite oder deren Raum. Offerten und Anstufungsgebühr 50 Pfennig



Bei Platzvorschrift erhöht sich der Zeilenpreis um 20 Pfennig. Schluß der Anzeigen-Aufnahme vormittags 10 Uhr vor dem Erscheinungstage

Erscheint wöchentlich sechs Mal
Fernsprecher Nr. 27

Der Bezugspreis beträgt: 6,00 Mark vierteljährlich, 2,00 Mark monatlich, durch die Post bezogen 6,00 Mark, mit Bestellgeld 6,90 Mark

Nummer 259

Kreuzburg OS, Freitag 10. Dezember 1920

59. Jahrgang

Rußland will keinen Krieg mit Polen

Wieder neue Waffenfunde :. Regierungskrise in Deutschland :. Bolschewistischer Geldschwindel
Eine polnische Marineschule in Dirschau :. Die Danziger Regierung gewählt

Der Friedenswille der Sowjets

Paris, 8. Dezember. Nach Meldungen aus London erklärte der Sowjetvertreter in London, daß die Gerüchte, die von der deutschen Presse über einen beabsichtigten Angriff Russlands gegen Polen verbreitet werden, jeder Begründung entbehren. Sowjetrußland hat die feste Absicht, alle bis jetzt bestehenden Meinungsverschiedenheiten mit Polen auf dem Friedenswege zu erledigen.

Bekanntlich hat Sowjetrußland an Polen eine Note gerichtet, sobald als möglich den endgültigen Frieden zu schließen.

Warum wir zu Polen wollen

Die Deutschen behaupten immer, sie hätten in Oberschlesien die höhere Kultur gepflanzt und ihnen verdante der Oberschlesier seinen angeblichen Wohlstand. In Wirklichkeit hat die preussische Herrschaft in Oberschlesien nicht den Wohlstand der Bevölkerung, sondern nur die Organisation der Ausbeute des Landes gebracht. Die bisherige Geschichte des polnischen Volkes unter deutscher Herrschaft zeigt, daß die Oberschlesier nicht nur in politischer Hinsicht bedrückt, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht ausgebeutet worden sind. Die Enteignung des ober-schlesischen Volkes von Grund und Boden hat den deutschen Industrieunternehmern das notwendige Proletariat geschaffen. Vom ersten Anbeginn der ober-schlesischen Industrie wurde dem ober-schlesischen Arbeiter bedeutend weniger Lohn bezahlt, als in den anderen Industriegebieten des deutschen Reiches. Der ober-schlesische Arbeiter konnte auf keine Weise sich und seine Familie in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht auf ein höheres Niveau bringen, da er mit seinem zahlreichen Anhang nicht einmal das notwendige Existenzminimum verdiente. Dieser Zustand herrschte bis zur Beendigung des Weltkrieges. Als im Jahre 1918 dem polnischen Bergarbeiter in Oberschlesien noch 7,80 Tagesverdienst gezahlt wurde, verdiente beispielsweise der westfälische Bergarbeiter 10,34 resp. 10,30 Mark. (Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1919, S. 102, Dr. Weber S. 138.)

Den Tagelöhnern zahlte man in Oberschlesien noch im Jahre 1914 in Ortschaften über 10 000 Einwohnern 1,60 bis 2,60 M., weiblichen Tagelöhnern 1,05 bis 1,50 M. Das sind die niedrigsten Löhne, die in jener Zeit im ganzen Deutschen Reich überhaupt gezahlt worden sind. (Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1914, S. 90 ff.) Auch den Hüttenarbeitern wurde bis zum Ausgang des Krieges gleichfalls weniger gezahlt, obwohl die deutschen Arbeitgeber selbst zugeben, daß der Oberschlesier auch im Hüttenbetriebe ein geschickter Arbeiter ist.

Auf diese Weise züchtete man in Oberschlesien seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein polnisches Proletariat, das bis heute nicht fähig war, sich aus seiner schlimmen Lage zu befreien und in Massen sogar gezwungen war, das Land zu verlassen. Um die schreckliche Lage, die Bedrückung und die Knechtung zu zeigen, unter denen der ober-schlesische Arbeiter, d. h. das polnische Element in Oberschlesien lebte, wollen wir einige Zahlen aus der Großindustrie anführen. Die Familie des Grafen Ballesireum besitzt 5 Kohlengruben, 11 Eisenerzgruben, 7 Galmesgruben, 6 Zinkhütten, zwei Schwefelsäurefabriken, 6 Ziegeleien, eine Zellulosefabrik und ein Sägewerk. Der Fürst von Pleß besitzt 5 Kohlengruben und eine große Anzahl anderer Industrieanlagen. Fürst Hohenlohe-Dehringen besitzt 6 Kohlengruben, 6 Galmesgruben, 6 Hüttenwerke usw. Außerdem sind diese Magnaten Besitzer ausgedehnter Ländereien, einige besitzen auch Kohlengruben und Hüttenwerke in Russisch-Polen und in Oesterreich-Schlesien, daneben sind sie Hauptaktionäre der großen ober-schlesischen Aktiengesellschaften.

In graphischen Darstellungen, mit denen die Deutschen vor aller Welt den Beweis zu erbringen suchen, daß sie ein Recht auf Oberschlesien besitzen, zeigen sie, daß in dem ober-schlesischen Industriegebiet das Anlagekapital in Höhe von 500 Millionen Mark deutsch ist und daß die Polen kaum mit 290 000 M. beteiligt sind. An anderer Stelle führen sie aus, daß Polen 4 Milliarden Mark aufbringen müßte, um das deutsche private Industriekapital in ihre Hände zu überzuleiten.

An diesen Zahlen versuchen die Deutschen zu beweisen, daß Oberschlesien zu Deutschland gehören muß. Uns zeigt eine solche Beweisführung nur allzu deutlich, daß das ober-schlesische Volk durch dieses deutsche Kapital geknechtet wird und daß die Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland aus kapitalistischen Anschauungen heraus unter Geringschätzung der Menschenwürde der polnischen Arbeiter abgeleitet wird. Nicht das deutsche Industriekapital, sondern der Wille der Einwohner des Landes muß für die Entscheidung maßgebend sein, wohin Oberschlesien gehören soll.

Das Unrecht, welches bisher der einheimischen polnischen Bevölkerung durch das deutsche Kapital zugefügt worden ist, kann wieder gut gemacht werden durch den Anschluß des

Eine Krise in der deutschen Regierung

Die Regierung gegen die Steuerungszulagen

Berlin, 8. Dezember. Die Forderungen der Beamtenschaft auf Gewährung einer Steuerungszulage haben geführt zu einer parlamentarischen Situation geführt, die gewisse Gefahrmomente für den Fortbestand der Regierung in sich schließt. Bei einer Besprechung des Finanzministers mit den Führern der Reichstagsparteien haben die Deutschnationalen gestern die Forderung auf Gewährung einer allgemeinen 10prozentigen Steuerungszulage für die Beamtenschaft gestellt. Sowohl Finanzminister Dr. Wirth, wie auch der Minister des Äußeren Dr. Simons lehnten diese Forderung ab. Ersterer im Hinblick auf die allgemeine Finanzlage, letzterer unter dem Hinweis darauf, daß ein Eingreifen der Entente gegen eine derartige Ausgabenerhöhung zu befürchten sei. Die deutschnationale Forderung fand darauf keine Unterstützung. Ein gleiches Schicksal erlitt die sozialdemokratische Anregung, der Beamtenschaft mit einem Gehalt bis zu 6000 Mark eine 10prozentige Steuerungszulage zu bewilligen. Die Deutschnationalen entzogen sich daraufhin, ihren Antrag in der Vollziehung des Reichstages zu erneuern.

Von sozialdemokratischer Seite wurde die Absicht laut, dieses Begehren zu unterstützen, damit ist die Möglichkeit gegeben, daß die Koalitionsparteien überstimmt werden. Angesichts dieser Gefahr sind Bestrebungen im Gange einen Ausgleich zu schaffen. Dieser wird von Zentrumsseite in der Richtung gesucht, daß eine Neueinteilung der Ortsklassen vorgenommen werden soll. Und den Beamten die Differenz zwischen dieser höheren Ortsklasse gegenüber den bisherigen auszugahlen sei. Bis zur späten Nachmittagstunde dauerte diese Fühlungnahme an, ohne zu einem endgültigen Resultate zu führen. Im Reichstage ist der deutschnationale Antrag nicht mehr auf die Tagesordnung gekommen. Damit ist die Angelegenheit wegen des katholischen Feiertages Mittwoch, bis mindestens Donnerstag vertagt. Reichsminister Dr. Wirth, der bei den Besprechungen die Äußerung fallen ließ: „Wenn der deutschnationale Antrag angenommen wird, dann bin ich Finanzminister gewesen“, hofft in dieser kleinen Spanne Zeit einen Verzicht der Deutschnationalen auf ihren Antrag erreichen zu können.

Der polnische Außenminister konferiert mit Völkerbundsdelegierten

Warszawa, 9. Dezember. Die Mitglieder der Militärmission der Völkerbundsdelegation für Litauen mit Oberst Chardigny an der Spitze hielt eine längere Konferenz mit dem Außenminister Sapieha ab.

Eine polnische Marineschule

Dirschau, 9. Dezember. Gestern fand hier der feierliche Eröffnungssakt der ersten Marineschule in Polen statt. Es waren anwesend der Abteilungschef für Marinewesen, Admiral Porembski, Mitglieder der englischen Marinemission, der polnische Generalkommissar in Danzig, Biskadecki und andere Regierungsperionen. Vor dem Eröffnungssakt wurde eine feierliche Messe abgehalten. Darauf wurde unter Absingen polnischer Nationallieder die polnische Staatsflagge auf dem Turm des Gebäudes gehißt.

Vom polnischen Landtag

Warszawa, 9. Dezember. Die nächste Sitzung der Außenkommission des Landtages findet heute, am Donnerstag, statt. Auf der Tagesordnung steht die Teschener Frage und die Antwort der Regierung auf die angemeldeten Interpellationen.

Die Danziger Regierung

Danzig, 7. Dezember. Die Danziger Zeitung meldet: Die verfassungsgebende Versammlung hat in ihrer letzten Sitzung die Regierung der Freien Stadt Danzig und den Senat gewählt. Vorher erklärte sich die Versammlung unter dem Widerspruch der Unabhängigen, Mehrheitssozialisten und Polen zum Volkstag. In der dann vorgenommenen Abstimmung wurde Oberbürgermeister Sahm mit 68 Stimmen zum Präsidenten der Freien Stadt Danzig gewählt. Die bürgerlichen Parteien haben durch die bewußte Ausschaltung der sozialdemokratischen Partei für die nächste Zeit die Verantwortung für die Regierung allein übernommen.

Ehrung des Generals Haller

Warszawa, 8. Dezember. Heute um 1/2 11 Uhr fand in der St. Johanneskirche eine feierliche Messe zu Ehren des General Haller statt, an welcher der Staatspräsident, der Landtagspräsident und Vertreter der Regierung und des Landtages teilnahmen. Nach der Andacht wurde im Rathausaal dem General Haller ein Ehrensäbel zum Andenken an die Verteidigung Warschaus überreicht.

Neue alldeutsche Waffenfunde

Charley, 8. Dezember. Bei Randzia in der Birkenstraße wurden 11 Revolver und eine Menge Munition beschlagnahmt. Randzia ist als alldeutscher Stoktruppführer bekannt.

Chorzow, 8. Dezember. Hier wurden auf der Königshütter Chauffee 27, im Vorkeller 25 Revolver und viel Munition (nahezu aus der Fabrik „Sauer und Sohn“), sowie 18 Gummiknüppel beschlagnahmt. Chorzow gilt als Nest der alldeutschen Stoktrupps.

Zu der letzten Meldung über den Waffentransport aus Bries ergänzen wir ergänzend, daß die Beschlagnahme beim Grubenbaumeister Bayer in Zaborze erfolgte.

Landes an Polen. In dem organischen Statut, das die polnische Republik am 15. Juli 1920 angenommen hat, befindet sich eine Reihe von Paragraphen bezüglich der Steuern und der sozialen Fürsorge, die dem schlesischen Landtag gestatten werden, unverzüglich eine Verbesserung der Lage des Arbeiters herbeizuführen.

Es unterliegt keinem Zweifel daß der Anschluß Oberschlesiens an Polen dem ober-schlesischen Arbeiter sowohl dem deutschen, wie dem polnischen bessere wirtschaftliche Bedingungen bringen wird. Die polnische Agrarreform wird dem Arbeiter nicht nur den Erwerb von Acker für kleine Siedlungszwecke, für Gartenwohnung usw. unter sehr günstigen Bedingungen ermöglichen, sondern auch dem enteigneten Bauern durch Parzellierung der fiskalischen Güter wieder zu seinem alten Recht verhelfen. Der Anschluß Oberschlesiens an Polen wird also für die Einwohner ein Segen sein. Die polnische Regierung wird unverzüglich eine zielbewusste gerechte Politik zugunsten einer gerechten Verteilung der irdischen Güter betreiben. Die materielle Hebung des ober-schlesischen Volkes wird dieses dann von selbst auf ein höheres Kultur-niveau bringen. Die polnische Agrarreform wird ihre Vorteile nicht nur dem polnischen, sondern auch dem deutschen Bewohner Oberschlesiens bringen.

In kultureller Hinsicht wurde das polnische Element von der preußischen Regierung absichtlich vernachlässigt. In ihrem Memorial für die Friedenskonferenz sagten sie an einer Stelle, daß alle Schulen in Oberschlesien deutsch sind. Nach polnischen Schulen liege im Lande gar kein Bedürfnis vor. Die diesbezügliche Opposition kann nur der Aufhebung durch Agitatoren zugeschrieben werden. Das ist eine Verdrehung von Tatsachen. Es weiß doch jedes Kind, daß die preußischen Behörden nicht einmal den polnischen Privatunterricht dulden wollten und daß polnische Sprachlehrer zu Gefängnis verurteilt wurden, weil sie polnischen Unterricht erteilt haben. Es bestand in Oberschlesien im Gegenteil ein Hunger nach polnischem Unterricht, aber das polnische Buch war in Oberschlesien verpönt. Es gab auch eine Menge polnischer Lehrer, die polnischen Unterricht gern erteilt hätten, doch hüteten sie sich wohl, solche Wünsche zu äußern. Die deutschen Behauptungen vom ober-schlesischen Schulwesen sind der beste Beweis für die Auffassung, die Preußen von der Menschheitskultur im allgemeinen hat. In dieser Hinsicht ist der polnische Staat viel kultureller gesinnt, denn er gestattet den nationalen Minoritäten innerhalb seiner Grenzen den Gebrauch und die Pflege ihrer Muttersprache. Kommt Oberschlesien zu Polen, dann wird sich das Land der polnischen Kulturfreiheit erfreuen und beide Bevölkerungsklassen werden ein friedliches nationales Dasein nebeneinander führen können. Verletzungen von Lehrern und Beamten wegen ihrer angeblichen nationalen Unzuverlässigkeit nach reindeutschen Gegenden werden ein für allemal aufhören. Eine solche Kulturbarmerei hält die Republik Polen unter ihrer Würde und sie hat in ihrem organischen Statut ihre toleranten Absichten bereits verbrieft.

Die deutsche Behauptung, die polnische Bewegung in Oberschlesien sei eine Folge der Tätigkeit verheerender Agitatoren, ist ein Zynismus sondergleichen. Es ist möglich, daß sich die Preußen in ihrem politischen Dünkel einbilden, die Nachbarländer seien so dumm, um alles zu glauben, was Preußen ihnen vorsagt.

Zur Behebung der Wohnungsnot in Polen

Warszawa, 9. Dezember. Dank der Anregung und den Bemühungen des Ministeriums für öffentliche Wohlfahrt werden gegenwärtig Häuser in folgenden Städten errichtet: Prafau, Teschen, Wielezka, Ralcz und Wlozlawek. Ein Teil der Häuser ist schon errichtet, andere sind im Bau.

Gerechtigkeit

Novelle von B. St. Regmont

Die ganze Mitte des Dorfes beiderseits der Dorfstraße war schon ein Raub der Flammen geworden.

Und die Flammenmähen schossen immer höher empor, legten über das Gemäuer, überschlugen sich, schäumten auf, zu dichtem, schwarzem Rauch geballt und spien ihre furchtbare rote Flammenflut von Gebäude zu Gebäude, von Hof zu Hof, über die Dorfstraße, über die Obstgärten hinweg, die ebenfalls schon zu brennen begonnen hatten.

Wieder ertönte das Sturmgeläut der Glocken; Verzweiflungsgeschrei, Wehklagen und Jammern ergossen sich über das ganze Dorf.

Die Leute rannen wie besessen hin und her, keiner versuchte dem Feuer Einhalt zu gebieten und der Brand breitete sich siegreich aus, umfaßte immer weitere Strecken, fraß immer wütender, drang vorwärts wie ein böser Geist in einer Wolke von Rauch, wälzte sich über die Behausungen fort und wo er hingelangte, wo sein Feuerschein niederfiel, ergossen sich neue Flammenfluten, entstand neues Unheil und stiegen neue Schreie menschlicher Verzweiflung empor.

Niemand rettete, es gab nichts, womit man es hätte tun sollen, weder Geräte zum Löschen noch Wasser, niemand hatte auch die Geistesgegenwart dazu, und obendrein war die Hälfte der männlichen Bevölkerung außerhalb des Dorfes auf der Hejzagd hinter Jaschel und die Frauen in der Kirche zur Vesperandacht. Als die Menschen endlich zusammengelaufen kamen, konnte von einer Rettung nicht mehr die Rede sein. Das halbe Dorf war schon die sichere Beute der Flammen.

Die Glocken dröhnten immer klagender, der Pfarrer trat in einer Prozession mit dem Allerheiligsten in den Händen unter einem Traghimmel und von flackernden Kerzen, wimmern den Handschellen und verzweifelterm Volk umgeben aus der Kirche heraus, mitten durch die Dorfstraße dem Brand entgegenstreichend.

„Heiliger Herr im Himmel.“ entlud sich das Lied der Not wie ein Vulkan aus der Brust der vom Unglück Geschlagenen.

„Heiliger, Unsterblicher! Erbarme dich unser!“ flehten

Der Vertrag Polens mit Zentralitalien

Warszawa, 9. Dez. Hier ist eine Kommission des Völkerbundes unter Führung Cardigni mit Vertretern der konoer Regierung eingetroffen. Inzwischen ist auch der Vertrag Polens mit Zentral-Italien bekannt gegeben worden. Nach dem Vertrage garantiert Polen die Einhaltung der Bestimmungen der von der Völkerbundskommission getroffenen Abmachungen zwischen Jeligowski und Italien, seitens Jeligowski, sofern die Italer sich auf die Demarkationslinie vom Juni dieses Jahres zurückziehen, Polen sagte ferner militärische Hilfe an Jeligowski zu, falls die Italer den Waffenstillstand brechen sollten.

Das bolschewistische „Zarengeld“

Riga, 9. Dez. Die „Rigaische Rundschau“ vom 16. November enthält einen mit dem Titel Russisches Geld versehenen Artikel, in dem u. a. folgendes ausgeführt wird:

Russische Agenten kaufen hier in großen Mengen ausländische Valuta auf und verteuern dadurch künstlich die Importwaren, da sie für die Valuta jeden Preis zahlen. Sie sind in der Lage, beliebige Preise zu zahlen, denn ihre Notenpressen arbeiten Tag und Nacht russisches „Zarengeld“, hauptsächlich 500-Rubelscheine. Dieses „Zarengeld“ ist als gefälscht anzusehen, da es immer die alten Unterschriften der zaristischen Minister und Bankdirektoren aufweist, um im Volke für das alte gute Geld gehalten zu werden, das einst durch Gold eingelöst werden wird. In Wahrheit ist dieses Geld ebenso wertlos wie das „Rätegeld“.

Der Erzbischof Ratti hält sich für unschuldig

Warszawa. Aus höchst zuverlässiger Quelle wird kategorisch versichert, daß die Behauptung der „Oberschlesischen Volksstimme“, wonach der Pfarrer Ulika jede seine Rede dem päpstlichen Kommissar Ratti zur Approbation vorgelegt habe, vollständig falsch ist. Und gänzlich falsch ist es, daß der Kardinal Bertram seine Verordnung vor der Veröffentlichung dem päpstlichen Kommissar Ratti unterbreitet hat.

Die Griechen haben König Konstantin wieder

Athen, 9. Dezember. Die Volksabstimmung ergab 99 Prozent für und ein Prozent gegen die Rückkehr des Königs Konstantin. Die Zahl der Stimmenthaltungen ist ganz unbedeutend. Die Straßen sind besaggt, es herrscht eine festliche Stimmung.

Ausstand in der Textilindustrie

Berlin, 9. Dezember. In München-Gladbach haben 25 000 Arbeiter der dortigen Textilindustrie die Arbeit niedergelegt. Ihre Lohnforderungen waren bewilligt. Sie verlangten 46stündige Arbeitswoche, die jedoch abgelehnt wurde.

Neue Bearbeitung der deutschen Steuergesetzgebung

Berlin, 9. Dez. Aus parlamentarischen Kreisen wird mitgeteilt, der Steuerauschuß des Reichstags will erst diesen Dienstag die Grundsätze beraten, nach denen die gesamte Steuergesetzgebung und insbesondere die Frage des Reichsnotopfers neu bearbeitet werden sollen, doch ist leider nicht anzunehmen, daß diese Arbeit kurz sein wird.

Ein Berliner Schieber in der Schweiz verhaftet

Berlin, 9. Dez. Der frühere Direktor des Edenhotels in Berlin, Birndorfer, der vor einigen Wochen wegen Schleichhandels vom Wuchergericht zu Berlin zu neun Monaten Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, und dann flüchtig wurde, ist in der Schweiz auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft verhaftet worden.

ihre Seelen. Sie gingen in einem eng zusammengedrängten Haufen durch die Feuergrasse, unter dem Krachen der zusammenstürzenden Wände, im Regen der Feuerbrände und Funken, im Chaos elementaren Säufens, Pfeifens und Gejohles, das sich über das Dorf dahermwälzte, seine zahllos zerzausten Flammenspitzen zum Himmel erhob, ins Innere der Dorfhäuser einbrach und mit unersättlicher, wilder Gier alles verschlang und zu Boden riß.

„Von Pest, Hunger, Feuer und Kriegsgetümmel Erlös uns allmächtiger Herr im Himmel!“

stimmt der Pfarrer mit feierlicher Stimme den Gesang an und die Tränen rannen ihm dabei über die bleichen Wangen. Die Glocken dröhnten ohne Ende dumpf und mächtig.

Das ganze Dorfvolk sang in wilder Angst aufbeulend aus hundert Kehlen den Rehrreim jenes Liedes der Not mit:

„Erlös uns allmächtiger Herr im Himmel!“

Die Prozession bog jetzt vom engeren Umkreis der Dorfhäuser ab sie bewegte sich durch die Dorfgärten.

Der Schulze und der Gemeindefreier hatten inzwischen begonnen, ein Rettungswerk zuwege zu bringen.

„Wer hat den Brand angelegt?“

„Der Winciores hat es getan, der Winciores doch!“

„Hat man es nicht vielleicht gesehen, wie zuerst die Scheune Feuer fing, hinter der er sich versteckt hielt?“

„Winciores! Der Winciores — Brandstifter! Heran mit ihm!“ erscholl ein Schreien, das für einige Augenblicke selbst den Gesang der Betenden übertönte.

Ein furchtbarer Rachedurst ließ ihre Seelen aufbegehren.

„Sucht ihn, fangt ihn, schlagt ihn tot, den Räuber!“ erklangen die Rufe.

Über niemand wußte, wo er war.

Im dichten Haufen stürzten sich die mutentbrannten, rasenden Menschen auf das ehemalige Haus der Winciores jenseits des Baches, dem noch keine Feuersgefahr drohte.

Vor der Haustür saß Tekla, sie erhob sich wie ein Geipenst beim Anblick der herankommenden Menschenmasse, ergriff eine Latte und begann mit der Stimme einer Wahnsinnigen zu schreien.

„Ich geh ihn euch nicht heraus! nicht heraus, nicht heraus!“

Hinter ihr aus dem Innern des Hausflurs tauchte alsbald die hohe Gestalt von Jaschel selber auf.

„Er ist da! Er ist da! Faßt ihn!“ brüllte die Menge.

Sie stürzten auf das Haus zu, in einem Augenblick hatten sie die Tekla, die ihnen wie eine toll gewordene Hündin

Feierliche Verpflichtung des Danziger Senats

Danzig, 8. Dezember. Vorgefien fand die feierliche Verpflichtung des vorgefien gewählten Senats der Freien Stadt Danzigs statt. Die Unabhängigen verließen während der Verpflichtung den Saal.

Einspruch gegen die Reden der Reichsminister im besetzten Gebiet

Zürich, 8. Dezember. Aus Genf wird gemeldet: Der französische und englische Botschafter, sowie der englische Gesandte erschienen gestern in Berlin beim Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons und überreichten ihm eine Note ihrer Regierungen, in der gegen die unlängst im besetzten Gebiet von den deutschen Reichsministern gehaltenen Reden scharfer Einspruch erhoben wird. In der Note wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß in Zukunft von solchen Reden Abstand genommen werden müsse. Die deutsche Regierung hat bisher über die enaussehenerregenden Schritte der Entente Stillschweigen bewahrt, und es ist sonderbar, daß die Deffentlichkeit erst auf dem Umwege über Genf Kenntnis von dem Enteneinspruche gegen die Reden Fernbachs und Simons im Rheinland erhalten hat.

Kerenski in Prag

Ein Kongreß der russischen Sozialrevolutionären Prag, 9. Dezember. Wie uns aus politischen Kreisen gemeldet wird, findet demnächst auf Einberufung Kerenskis in Prag ein Kongreß der russischen Sozialrevolutionären statt.

Beratungen über Deutschlands Schuldsomme

Paris, 9. Dez. Die Zusammenkunft deutscher und alliierter Sachverständiger in Brüssel zur Bemessung der deutschen Schuldsomme soll nach einer Londoner Meldung des „Matin“ bereits in vierzehn Tagen stattfinden. Lya-gues und Lloyd George werden die Einzelheiten festlegen.

Oberschlesier, merkt es Euch!

In dem gestrigen Leitartikel der Morgenpost werdet ihr Oberschlesier von dem auswärtigen Hinzufömmeling Kleiner „Podolier“ genannt. Jeder von Euch, der tiefer im Deutschen Reiche war und beim Militär seine schwerste Preußenzeit durchlebt hat, weiß, daß dies das ordinärste Schimpfwort war, mit dem Euch polnische Oberschlesier der Preuße zu verhöhnen pflegte. Der Herr „Dr.“ Kleiner kann die Zeit nach der Abstimmung garnicht abwarten — schon jetzt wirft er Euch in seiner Wut das Schimpfwort „Podolier“ an den Kopf. Oberschlesier, da hat aus seinem süßen Geleier heraus der preußische Haß gegen Euer angeborenes Wesen gesprochen. Der Hergelaufene, welcher hier Oberschlesiens Brot isst, schimpft Euch im Feldwebelton „Podolier.“ Oberschlesier, merkt es Euch!

Saltloses Geschwätz

Aus dem Grenzgebiet berichtet man uns, daß dort deutsche Agitatoren umhergehen und dadurch Stimmung gegen Polen zu machen suchen, daß sie ins Blaue hinein draußlos lügen und haltlose Behauptungen über Polen austreuen. So behaupten sie z. B., daß die Kriegsinvaliden, die in Deutschland irgend eine Rente erhalten, dieser verlustig gehen, sobald Oberschlesien zu Polen kommen sollte. Es ist natürlich dummes Geschwätz. Im Gegenteil werden die Renten der Kriegsbeschädigten in Polen eher verbessert, als verschlechtert werden. Auch die Fürsorge der Regierung für die Verwundeten wird besser werden als in Deutschland, wo schon so mancher den sogenannten „Dank des Vaterlandes“ in trauriger Weise hat am eigenen Leibe erfahren müssen.

den Eintritt wehrte, überrannt, überdies war Jaschel wie unter einer plötzlichen Eingebung auf den Heuboden gesprungen und hatte die Bodenleiter eingezogen.

„Verbrennen! Verbrennen!“ heulten sie auf.

Man verriegelte die Türen, stemmte die Fenster mit Brettern zu, versperrte alle Zugänge mit Säunen und womit sonst ein jeder konnte, worauf man das Haus an allen vier Ecken anzündete. Sie umzingelten es und warteten.

Das Strohdach fing rasch Feuer und in ein paar Augenblicken stand schon das ganze Haus in Rauch und Flammen.

Jaschel war erst aus seiner Betäubung erwacht, als die Flammen durch das Dach zu dringen begannen und ganze Feuerstöße sich über seinen Kopf ergossen, er sprang nach dem Dachstuhl, schlug ein Brett der Giebelverschalung ein und stürzte sich hinunter, fast in die Arme der lauernden Bauern.

Er erhob sich nicht mehr, denn etwa fünfzig Fäuste, Stöcke schlugen, stießen auf ihn ein.

„Ins Feuer mit ihm! Für unseren Schaden! Ins Feuer!“ schrien wütende Stimmen.

Eine Anzahl Hände griff nach seinem Kopf und nach seinen Füßen zugleich, sie hoben ihn, schwenkten ihn und schleuderten den willenlosen Körper wie einen Sack aufs Dach.

Das Dach stürzte ein und spie eine Wolke von Feuerfunt zum Himmel empor.

Ein einziger unmenschlicher Aufschrei aus dem Innern des Hauses durchschnitt die Luft.

Ein zweiter antwortete ihm von der Dorfstraße her...

Die Mutter hatte ihn ausgestoßen, die gerade in dem Augenblick in das brennende Dorf zurückgelehrt war, als man ihren Sohn ins Feuer warf.

Sie starrte mit toten Blicken auf das flammenumlohte Haus und stand unbeweglich mit ausgestreckten Händen und vorgebeugtem Körper da, als wollte sie dem Tod entgegenrennen.

„Gerecht! Gerecht! Das ist gerecht! ...“ wiederholte sie langsam und mit immer leiser werdender Stimme. Sie breitete die Arme aus, wurde plötzlich blau im Gesicht und sank vom Schlag getroffen tot zu Boden. —

E n d e.

Aus Kreuzburg und Umgegend

Wirkung unserer geschätzten Leser in Stadt und Land über
Botschaften Botschaften sind in der Schriftleitung stets willkommen

Kreuzburg, den 9. Dezember 1920.

— (Empfangsbekundigung.) Von Herrn Walaszyński aus Pilschen hat das polnische Plebiszitkomitee in Kreuzburg 142 Mark für Plebiszit zwecks dankend erhalten.

— (Deutschnationale Versammlung.) Hier fand Dienstag abends eine Versammlung der Deutschnationalen statt. Da Herr Dr. Kleiner nicht erschienen war, mußte ein anderer Redner einspringen. Er erzählte der nicht besonders zahlreich versammelten Zuhörer dieselben Märchen, die in letzter Zeit so oft die „Nachrichten“ ihren geduldigen Lesern aufzählen. Hervorzuheben ist seine ungehobelte Redeweise, wie „polnische Mißbuden“ usw. Den Polen sollte er in ihrer regen und tatkräftigen Agitation Lob und förderte sämtliche Zuhörer auf den Polen dies nachzumachen. Ob dies aber helfen wird? Wir bezweifeln es.

— Die „Kreuzburger Nachrichten“ und die Staatschulden. Die „Kreuzburger Nachrichten“ behaupten in der heutigen Nummer, daß Deutschland zurzeit nur 250 Milliarden Schulden hat. Das stimmt ganz und gar nicht. Die Schulden Deutschlands werden nach Dr. Wirth bis Ende Dezember 1920 über 350 Milliarden betragen. Der Volkswirtschaftler Georg Münch schreibt in der „Vossischen Zeitung“ vom 5. 12. 20 unter dem Titel: „Unser Finanzjeld“ nach Beiprägung der nur schwebenden Schulden Deutschlands.

„Doch alles das sind beinahe Kleinigkeiten gegenüber der großen Frage der endgültigen Entschädigung, die uns (den Deutschen) die Feinde auferlegen.“ Doch darüber gehen immer die „Kreuzburger Nachrichten“ zu schweigen — auch eine Poésie. — Die „Kreuzburger Nachrichten“ raten der „Gazeta Opolsta“, sich künftighin Artikel über Finanzfragen nur von solchen Leuten schreiben zu lassen, welche wenigstens eine kleine Ahnung von solchen Fragen haben usw. Dasselbe sollten sich die „Kreuzburger Nachrichten“ zu Herzen nehmen und dabei immer zweierlei beachten: Nichts von den deutschen Schulden verschweigen und nichts den polnischen hinzusetzen, denn letztere betragen nur 80 Milliarden poln. Mark.

— (Achtung Schneidermeister!) Die Versammlung sämtlicher Schneidermeister Oberschlesiens findet Sonntag den 12. Dezember 1920 nachmittags 2 Uhr in Beuthen, Hotel Reichshof statt. Alle Interessenten ladet ein der Zentralvorstand des Handwerkerbundes

Stonki Zwionel samodzielny Rzemieslnikow.

— (Achtung Tischler und Holzinteressenten!) Für Sonntag den 12. Dezember 1920 nachmittags 4 Uhr ladet der Zentralvorstand des Stonki Zwionel samodzielny Rzemieslnikow sämtliche Holzhandwerker und Holzinteressenten zu einer Versammlung zwecks Gründung einer Holzverkaufsgenossenschaft ein. Erscheinen im eigenen Interesse erforderlich.

— Kosschanowicz. Die hiesige Ortsgruppe der Oberschlesischen Volkspartei hielt gestern hier eine Versammlung ab, die sehr gut besucht war. Als Redner ist aufgetreten Herr Sekretär Gallmeier. Er streifte die Tagesfragen und erläuterte eingehend die preußischen und polnischen Steuergeetze, das Autonomiegeetz und legte klar und deutlich den Zweck der Oberschlesischen Volkspartei dar, die eine durchwegs selbständige Verwaltung Oberschlesiens bei Polen anstrebt und bereits dieses Ziel in dem weitestgehenden Autonomiegeetz erreicht hat. — Die Versammlung ist sehr ruhig verlaufen, ohne jedwede Störung oder Zwischenrufe der Gegner. Es fanden sich ca. 150 Zuhörer ein, die das starke Bewußtsein, daß unser Glück nur bei einem Anschluß Oberschlesiens an Polen liegt, nach Hause brachten.

— Bodland. (Weihnachtsgehenke für arme Kinder.) Vergangenen Sonntag hielt der hiesige Verein polnischer Hausfrauen seine Monatsversammlung ab. Es wurde u. a. beschlossen, Weihnachtsgehenke unter die Kinder armer Eltern zu verteilen. Auf die Anregung eines Mitgliedes wurde auch zugleich eine Sammlung zu diesem Zwecke veranstaltet, die eine schöne Summe ergaben. Die Versammlung wurde sehr feierlich unter Absingung des Liedes „Serdeczna Matko“ abgeschlossen.

— Konstanz. (Kaiserliches Postamt.) Ist es möglich, daß in dem demokratischen Deutschland solche Anschriften noch prangen? In Konstanz hat man das sonderbare Vergnügen, derartige Ueberreste aus der wilhelminischen Zeit zu beschauen. An dem hiesigen Postamt stehen in großen Lettern diese Worte „Kaiserliches Postamt“. Konstanz warzt anscheinend immer noch auf den Deserteur von Holland. Was sagt der „Volkswille“ dazu?

Sabinich. (Weihnachtsbescherung.) Die am letzten Sonntag hier stattgefundene Versammlung der Vereins polnischer Hausfrauen erfreute sich eines recht zahlreichen Besuchs. Ein von den Versammelten gestellter Antrag, für die Kinder armer Eltern eine Weihnachtsbescherung zu veranstalten, wurde einstimmig angenommen. Man ging auch gleich darauf zu einer Sammlung über, wobei eine recht beträchtliche Summe zusammenkam. Erfüllt von neuem Geist zur Arbeit an diesem erhebenden Werke verließen die Versammelten nach Absingung eines Liedes den Saal. — Möge der polnische Frauenverein sich über ganz Oberschlesien verbreiten, dann wird das ideale Werk bald vollendet sein.

— Pilschen. (Schadenfeuer.) Vergangenen Sonntag brach im Sägewerk Locke im Maschinenraum Feuer aus. Das Dach des Maschinenschuppens brannte nieder. Die darin sich befindende Dampfmaschine wurde beschädigt. Auch ein Treibriemen wurde teilweise durch das tosende Element vernichtet. Der Schaden ist beträchtlich. Nur dem Umstande, daß die Feuerwehr schnell zur Stelle war, ist es zu verdanken, daß das Feuer nicht weiter um sich griff.

Brune. (Versammlung der Oberschl. Volkspartei.) Am Dienstag hat hier eine Versammlung der Oberschlesischen Volkspartei stattgefunden. Als Redner war Herr Gallmeier erschienen. Er sprach sehr versöhnlich und bemerkte, daß das kommende Fest des Friedens und der Versöhnung, das Weihnachtsfest, allen Parteihader schlichten und insbesondere der unedlen Kampfesweise der Heimatlosen ein Ende beizubringen möge. Man solle nur mit ehrlichen Waffen kämpfen.

Dann meldete sich Herr Siebrecht zum Wort und begann seine Rede mit Lobgeheben auf seinen Vorredner. Der Anfang seiner Ausführungen war sehr sachlich und versöhnlich, um dann desto schlimmer gegen alles, was polnisch ist, auszutreten. Es wurden immer lauter werdende Psuirufe bemerkbar und schließlich wurde er, da er zu wüsten Schimpereien über die Polen von seinem treudeutschen Herzen sich verleiten ließ, niedergeschrien und er mußte seinen „Versöhnungsversuch“ abbrechen. Als der Wunderrabe Lelak erschien wurde er mit mächtigen Rufen, „Verräter“, „Verräter“ empfangen. Er zog es vor, sich so schnell wie möglich zurückzuziehen. Somit konnte er seine Märchen über Polen nicht vorbringen. Man sah ihn auch nicht mehr wieder. Bezeichnend ist es, wie Herr Siebrecht seine Stoßtrupplerbanden dressiert hat. Da er einsah, daß für ihn Hopfen und Malz verloren war, so befahl er seinen Leuten (ca. 40—50 Mann): „Zieht Euch zurück, wir haben noch deutsche Disziplin.“ Also auch Herr Siebrecht ist Führer von organisierten Stoßtrupplerbanden. — Sogar Herr Richtshofen aus Jakobsdorf sandte seine Garde nach Brune. Aber auch diese half nichts, sodaß die Versammlung ruhig zu Ende geführt wurde und die Ueberlegenheit der polnischen Anhänger bewies.

— Kl. Cassowiz. (Versammlung der Land- und Forstarbeiter.) Am gestrigen Mittwoch fand hier eine Versammlung der Land- und Forstarbeiter, an der ca. 200 Besucher teilnahmen, statt. Herr Jaron sprach in sehr überzeugender Weise und schilderte die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter bei einem Anschluß Oberschlesiens an Polen oder Verbleib bei Deutschland. Er betonte, daß nur, wenn Oberschlesien zu Polen kommt, der Arbeiter die bisherigen Sklavenketten von sich werfen kann. Die Versammlung verlief daher ruhig.

Rosenberg. (Verbrüht.) Einen qualvollen Tod erlitt das 2½ jährige Kind des Bäckermeisters und Konditors Gurof. Es fiel in einen mit kochendem Wasser gefüllten Kessel und trug derart schwere Brandwunden davon, daß es bald verstarb.

Oppeln. (Verfügung der Interalliierten Kommission.) Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission gibt in ihrem Amtsblatt erneut Verfügungen bekannt, von denen die der Schaffung technischer Postbeiräte und eines technischen Kirchenbeirates die bemerkenswertesten sind. In der Verfügung über die technischen Beiräte heißt es: Zwecks Wahrung der Interessen der polnischsprechenden Bevölkerung und in Beziehung auf den Post-, Telegraphen- und Fernsprechsprechdienst werden in Oberschlesien eingeführt: Bei der Oberpostdirektion ein technischer Oberpostbeirat, bei den Post-, Telegraphen- und Fernsprechanstalten polnische Postbeiräte. Diese technischen Postbeiräte werden von der Interalliierten Kommission ernannt und führen folgende Titel: Oberpostbeirat bei der Oberpostdirektion, Postbeirat bei den Postämtern (Postdirektionen). Die unterstehen der Amtsgewalt des Direktors des Departements für Verkehrsmittel in derselben Weise wie die Beamte des Post-, Telegraphen- und Fernsprechsprechdienstes. Sie üben ihr Amt grundsätzlich unentgeltlich aus. Der Oberpostbeirat und die Postbeiräte sind berechtigt, den gesamten Betrieb im Post-, Telegraphen- und Fernsprechsprechdienst genau zu beobachten und zu verfolgen.

In der Verordnung heißt es weiter, daß auf Grund eines an den Kontrolleur des Postdienstes beim Departement für Verkehrsmittel einzureichenden Gesuches die für erforderlich erachteten Schriftstücke mit erteilt werden. Wenn nach Ansicht der Postbeiräte Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, die geeignet erscheinen, den Interessen der polnischsprechenden Bevölkerung zu schaden, so sind sie berechtigt, die Angelegenheit beim Kontrolleur des Postdienstes anhängig zu machen. Nur der Oberpostbeirat beim Kontrolleur des Postdienstes ist mit einstweiliger Aufhebung oder Ungültigkeitserklärung jeder Anordnung der Postbehörde beauftragt, die als den Interessen der polnischsprechenden Bevölkerung unvorteilhaft erscheint.

Die Bestimmung über den technischen Kirchenbeirat bestimmt, daß dieser den Titel Oberregierungsbeirat führt, sein Amt grundsätzlich unentgeltlich ausübt und der Amtsgewalt des Direktors des Departements des Innern in derselben Weise untersteht, wie alle Beamte der Abteilung für Kirchenwesen. Der Oberregierungsbeirat ist berechtigt, von allen Schriftstücken Kenntnis zu nehmen, die sich auf die in der Abteilung für Kirchenwesen bearbeiteten kirchlichen Angelegenheiten beziehen. Im Falle von Unregelmäßigkeiten, die geeignet erscheinen, die kirchlichen Interessen der polnischsprechenden Bevölkerung zu schädigen, ist er berechtigt, die Angelegenheit beim Chef der kirchlichen Abteilung des Departements des Innern anhängig zu machen, kann durch dessen Vermittelung die einstweilige Aufhebung oder Ungültigkeitserklärung jeder Anordnung beantragen, die geeignet erscheinen, den kirchlichen Interessen der polnischsprechenden Bevölkerung zu schaden.

Der polnische Unterricht in der Volksschule

Jeder Mensch hat ein natürliches Recht darauf, daß er in der Muttersprache unterrichtet werde. Die Sprache hat Gott dem Menschen gegeben, daß er diese gebrauche von Wiege bis zum Sarge. Durch Geseke sollte aber die Sprache den Oberschlesiern genommen werden. Geseke werden von Menschen gemacht — manchmal noch von was für welchen — die Sprache ist aber von Gott.

Dies erkennt auch Senfalam die Berliner Regierung, doch schreitet diese Erkenntnis sehr langsam vorwärts. Sie hat den polnischen Unterricht in den Schulen eingeführt und mündlich z. B. daß die Lehrer die Kinder, die am polnischen Unterricht teilnehmen mit altschlesischer Sprache behandeln, wie die Kinder, deren Eltern sich an dem Naturgeseke Gottes anhängen und ihre Kinder nicht in den poln. Unterricht schicken.

Nach polnischsprachigen Eltern wünschen aber, daß der polnische Unterricht auf den Grundschuljahren nicht sehr tief mitterlich behandelt wird. Später der polnische Unterricht in den letzten Stunden liegt, wo die Kinder durch den deutschen bereits ermattet sind, ist dies ein großes Unrecht, das der Lehrer dem Kinde zufügt.

Wird man schon auf der Mittelschulunterricht in der Muttersprache erteilt werden. Dies ist recht und billig. Bis

zum Schuleintritt hat das Kind nur polnische Religionsbegriffe. Es geht in die Schule. Alte Fäden zwischen Mutter- und Kindesherz werden zerrissen; das Kind muß die Sprache der Mutter verachten lernen und schließlich auch die Eltern, weil sie ihm diese Sprache beigebracht haben. Dabei darf es mit den Worten des 4. Gebots: „Du sollst Vater und Mutter ehren“, vergessen.

Polnisch sprechende Eltern, fordert polnischen Unterricht. Ihr fördert dadurch das Glück Eurer Kinder und Eurer eigenen Autorität:

- 1.) Polnischen Religionsunterricht auf allen Stufen,
- 2.) Polnisches Lesen und Schreiben mit dem Tage, wo das Kind zur Kenntnis der lateinischen Schreibbuchstaben gelangt ist.
- 3.) Polnischen Anschauungsunterricht.

Wem Gott will rechte Gunst erweisen

Kleine Anfrage an Herrn Friedrich Bod, Tiefbauunternehmer und Häuptling der Deutschnationalen in Beuthen OS., Franz-Josefsplatz.

Aber werter Herr Bod, wozu die vielen Gummiknippel? Immer kamen in der letzten Zeit diese Sendungen unter ihrer Adresse an und mußten von der Interalliierten Behörde beschlagnahmt werden. Das hat sie wohl veranlaßt, den heißen obereschlesischen Boden zu verlassen? Auch Gütervorsteher Bod fand den Transport sehr fatal und zog es vor, eine kleine Erholungsreise nach Deutschland anzutreten. Man erzählt sich, daß die Gummiknippel dann auf der Gartenstraße 10 ein lustiges Feuerlein abgaben. Daß jemand, der Gummiknippel für Stoßtrupps nach Oberschlesien schafft und dabei erwischt wird, flüchten muß — das findet man verzeihlich. Eigentlich müßten auch die Unterführer M o o r-Birkenhain, S c h o l t s s e-Groß-Dombrowka, M a n n-Miechowiz, K a n d r z i a-Scharley, R e i n e r t-Chorzow sich aus dem Staube machen.

Aber wenn dieser Herr dann nichts eiligeres zu tun hat als in Breslau auf das Generalkommando zu rennen und dort herumzuflüstern — das wirkt auf die Geschichte seiner Schuld ein interessantes Schlaglicht. Was hat das Generalkommando in Breslau mit Ihren Gummiknippeln zu schaffen? Oder waren Sie nicht z. B. am 27. November mit einem zweiten Herrn auf dem Generalkommando? Und Sie wohnen doch irgendwo in der Ernststraße, nicht?

Kommen Sie doch bald wieder, lieber Herr Bod! Kehre zurück, alles vergebens! Bod ist ja auch schon wieder hier, dann kann die Arbeit wieder gleich weiter gehen. Thersytes.

Die Stimme eines obereschl. Arbeiters

Aus dem Kreise Pleß schreibt uns ein Arbeiter:
Vor dem Kriege hat wohl kein einziger Arbeiter weder in Deutschland noch hier in Oberschlesien sich so viel mit Politik beschäftigt, wie gerade heute. Denn früher galt seine ganze Sorge einzig und allein dem Erwerb seines täglichen Lebensunterhaltes. Seine ganze Kraft, seine ganze Energie verwandte er nur dazu, um unter denkbar ungünstigen Verhältnissen das Stück Brot, das er mit seiner Familie schon verzehrt hatte, abzarbeiten. Und heute, da die wirtschaftlichen Verhältnisse des Proletariats einigermaßen erträglicher geworden sind, heute, wo einem jeden Arbeiter nach achttündiger Tagesarbeit noch die Möglichkeit gegeben ist, freie Stunden im Kreise seiner Familie zu verbringen und sie auf irgendwelche, ihm nuzbringende Art zu verwerten, was tun da so viele obereschlesische Arbeiter? Nachdem wir eine Zeit, in der wir in rastloser harter Arbeit und schwerem Daseinskampfe nicht zu sich kommen konnten, glücklich hinter uns haben und nachdem wir auch die schweren Kriegsjahre während der uns das Hohenzollernregime und die Herrschaft des preußischen Militarismus durch fortwährende „Siege“ in Ost und West im Schach gehalten und auf eine bessere Zukunft unter der Weltherrschaft Deutschlands vertröstet hat, nachdem wir eine solche nervenzerrüttende Zeit überwunden haben, da haben so viele obereschlesische Arbeiter nichts eiligeres zu tun gehabt, als sich zur deutschen Sozialdemokratie zu bekennen. Immer noch finden so viele Arbeiter unserer obereschlesischen Heimat nicht die Zeit dazu, nun einmal in ihr eigenes Inneres Einkehr zu halten um einmal in sich selbst nach der Wahrheit zu suchen, ohne den Verhegungs- und Verführungskünsten, in deren strupelloser Anwendung sogar die deutsche Sozialdemokratie ein wenig beneidenswerte Meisterschaft besitzt, ihr Ohr zu leihen. Ein jeder Arbeitsgenosse, der einmal solchen Gedankengängen nachgehen würde, müßte ein machtvolleres Wort aus seinem Inneren heraushören, als nur das Bekenntnis zur deutschen Sozialdemokratie. Denn wird ihm nicht die mächtige Stimme seines Gewissens sagen, daß er vom polnischen Stamme ist, wird sie ihm nicht in Erinnerung bringen, daß seine Ahnen und Urahnen Polen waren, daß er zum Verräter an ihnen und an seiner Heimat geworden ist, wird sie ihm nicht die machtvollen Worte ins Ohr rufen: „Kehre zurück von den Abwegen, deines Bleibens ist nicht mehr bei einer sozialistisch-preußisch-nationalistischen Partei!“

Deutschlands furchtbare Schicksalsstunde schlägt am Tage der Abstimmung hier in Oberschlesien. Und es wird zugleich die Schicksalsstunde derer sein, die mit Blindheit geschlagen zu Verrätern ihrer Heimat, zu Verrätern der väterlichen Scholle geworden sind.

Noch ist es Zeit, daß ihr alle Kinder Oberschlesiens Euch in der letzten Stunde besinnt, daß Ihr dem hellen Lichte der Erkenntnis und Wahrheit entgegensteht! „Ihr müßt zu Hören Euch aufrufen in hartem Geisterflug; es hilft kein Fluch: Ihr müßt zur Klarheit ringen!“

Was der obereschlesische Bauer von dem deutschen Siedlungsgeetz zu erwarten hat und was von der polnischen Agrarreform?

Die „Kreuzburger Nachrichten“ vom 7. d. Mts. beschäftigen sich mit dem deutschen Siedlungsgeetz und der polnischen Agrarreform und bilden sich ein, nachgewiesen zu

haben, daß das deutsche Siedelungsgeſetz dem oberſchleſiſchen Bolke „viel größere Möglichkeit“ biete, als das polniſche Agrargeſetz. Der Artikel zeigt aber, daß die „Kreuzburger Nachrichten“ ſogar vom deutſchen Siedelungsgeſetz keine Ahnung haben. Das ſoll ſofort an der Hand des deutſchen Siedelungsgeſetzes nachgewieſen werden. So ſchreibt das deutſchnationale Blatt:

„Was der oberſchleſiſche Bauer (Arbeiter nicht?) von dem deutſchen Siedelungsgeſetz vom 11. Auguſt 1919 zu erwarten hat, geht aus dem § 12 dieſes Geſetzes hervor. Es heißt dort:

„Zu den Anſiedelungsbezirken, deren landwirtſchaftliche Nutzfläche nach der landwirtſchaftlichen Betriebszählung von 1907 zu mehr als 10 Prozent auf die Güter von 100 und mehr Hektar landwirtſchaftlicher Nutzfläche entfällt, ſind die Eigentümer dieſer großen Güter zu Landlieferungsverbänden zuſammenzuſchließen uſw.“

Daraus folgt doch bloß, daß die Eigentümer von mehr als 400 Morgen ſich zu Landlieferungsverbänden zuſammenſchließen ſollen. Weiter nichts. Vielleicht enthält aber der weitere Wortlaut des § 12 das, was der oberſchleſiſche Bauer vom deutſchen Siedelungsgeſetz zu erwarten hat. § 12 R.-S.-G. lautet weiter: „Die Landlieferungsverbände ſind rechtsfähig. Die landwirtſchaftliche Nutzfläche der Staatsdomänen wird nur für die Ermittlung des Hundertſtückes mitgezählt.“

„Die Landeszentralbehörden können die Aufgaben der Landlieferungsverbände auch auf andere Stellen, inſofern auf beſtehende gemeinnützige Siedelungsgeſellſchaften oder auf landwirtſchaftliche Organisationen übertragen. Das hat namentlich dann und zwar auf Koſten des Landlieferungsverbandes zu geſchehen, wenn dieſer in der Erfüllung ſeiner Lieferungsſchuld ſäumig iſt.“ So lautet wörtlich der § 12 des deutſchen Reichsſiedelungsgeſetzes. In dieſem Paragraphen ſteht alſo nichts davon, was das deutſche Siedelungsgeſetz dem oberſchleſiſchen Bauern zu geben verſpricht.

Nichtsdeſtoweniger ziehen die ſchlecht vorbereiteten „Kreuzburger Nachrichten“ aus dem § 12 R.-S.-G. folgenden Schluß: Man höre und ſtaune:

„Alſo nach dem deutſchen Geſetz beginnt die Enteignung bei Gütern, die mehr als 400 Morgen haben.“ Das iſt eine ſtarke Zumutung an die logiſche Urteilskraft der Leſer der „Kreuzburger Nachrichten.“

Was der deutſche Großgrundbeſitz nach dem deutſchen Siedelungsgeſetz an landwirtſchaftlicher Nutzfläche zu Siedelungszwecken hergeben ſoll, beſtimmt der § 13 R.-S.-G. Abſatz 2. Nach der Beſtimmung dieſes Paragraphen ſoll der Großgrundbeſitz nur ein Drittel der landwirtſchaftlichen Nutzfläche für Siedelungszwecke bereit ſtellen. Der Großgrundbeſitz braucht aber nicht einmal ein Drittel der landwirtſchaftlichen Nutzfläche zu Siedelungszwecken herzugeben, denn unter 10 Prozent der geſamten landwirtſchaftlichen Nutzfläche des Siedelungsbezirktes darf nach dem deutſchen Siedelungsgeſetz der Großgrundbeſitz nicht herabgehen.

Man wende alſo dieſen § 13 z. B. auf die Beſitzungen des Fürſten von Pleß an. Er beſitzt 40 437 Hektar. Davon ſind ungefähr 22 000 Hektar Wald und 18 000 Hektar landwirtſchaftliche Nutzfläche. Ein Drittel von 18 000 gleich 6000 Hektar. So viel müßte der Fürſt von Pleß nach dem deutſchen Siedelungsgeſetz zu Siedelungszwecken hergeben. Er würde alſo noch immer 34 000 Hektar behalten können. Das ſind 136 000 Morgen. Das deutſche Siedelungsgeſetz würde alſo den oberſchleſiſchen Großgrundbeſitz wenig treffen.

Anders nach der polniſchen Agrarreform. Die polniſche Agrarreform wird den oberſchleſiſchen Magnaten höchſtens pro Kopf nur 180 Hektar und in der Induſtrieregion ſogar nur 60 Hektar beſaßen. (Artikel 2 des Ausführungsgeſetzes zur polniſchen Agrarreform vom 15. Juli 1920.)

Nach dieſem Artikel würden der Handvoll oberſchleſiſcher Magnaten (es ſind ihrer 224) kaum 36 000 Hektar verbleiben. 516 000 Hektar oder 2 Millionen 357 000 Morgen werden ihnen gegen die Hälfte des Marktpreises abgenommen. Der Wald wird verſtaatlacht, der Acker und die Wälder parzelliert.

Die „Kreuzburger Nachrichten“ wollen da noch nachweiſen, daß „das deutſche Siedelungsgeſetz den oberſchleſiſchen Bauern viel größere Möglichkeit biete als das polniſche Agrargeſetz“ und beruſt ſich auf das polniſche Geſetz vom 15. Juli 1910 Art. 2, auf das wir uns oben auch berufen haben. Hauptgrundſatz dieſes Artikels iſt, daß kein Großgrundbeſitzer mehr als 110 Hektar Boden behalten kann. Wohl beſagt dieſer Artikel, daß in „manchen Gegenden des ehemaligen preußiſchen Teilungsgebietes“ (nicht wie die „Kreuzburger Nachrichten“ ſchreiben, „für die Teile des ehemaligen preußiſchen Teilungsgebietes.“ Das iſt geſchloſſen) der Großgrundbeſitzer auch 400 Hektar behalten (nicht bis auf 400 Hektar erhöhen“, wie wieder die „Kreuzburger Nachrichten“ zu falſchen geruhen!) Dieſe Vorſchrift wird aber in Oberſchleſien keine Anwendung finden. Denn ſie hat nur für Poſen und Weſtpreußen Gültigkeit, wie die Motive zu dieſem Agrargeſetz ergeben. Deſwegen wurde ausdrücklich in dieſem Artikel 2 beſtimmt, daß nur „in manchen Gegenden“ der Großgrundbeſitzer im weſtlichen Poſen 400 Hektar behalten „kann“, nicht etwa ſoll. In ganz Poſen werden die Güter bis auf 180 Hektar enteignet, jezt ſchon. Es müßte Wunder nehmen, weſhalb gerade in Oberſchleſien die deutſchen Magnaten 400 Hektar oder 1600 Morgen behalten können. Wohl vielleicht deſhalb, weil die Großgrundbeſitzer in Oberſchleſien Poſenfeinde ſind? Sollten ſie etwa deſwegen zu Ungunſten des früher landberaubten oberſchleſiſchen Landvolkes Vorrechte genießen? Die polniſche Agrarreform wird keinem einzigen oberſchleſiſchen Magnaten mehr als 180 Hektar bzw. nur 60 Hektar beſaßen. Das können die Oberſchleſier ſchon daraus erſehen, daß im Lubliner Kreiſe die polniſchen Großgrundbeſitzer ſchon jezt ihren Beſitz durch Parzellierung auf 180 Hektar herabmindern. Wir kommen darauf noch gründlich zu ſprechen.

Beim Abdämmen des Feuers ereignete ſich aus biſher unbekannten Gründen eine Explotion, der 7 Bergleute zum Opfer fielen. Verlezt wurde niemand. Die Namen der Toten ſind: Johann Topiſch, Peter Latoska, Karl Bonkel, Franz Pardyſt, Wilhelm Banholty, Theodor Schubert und Auguſt Giera.

Verſchiedene Nachrichten

Eine tote Ratte als Kinobillet

In Marion im Staate Ohio herrſcht gegenwärtig eine große Rattenplage. Auch das Kino ſtellt ſeine Anziehungskraft in den Dienſt der Jagd auf die unſympathiſchen Gäſte. In den Tagesblättern findet man nämlich eine Anzeige, worin der Beſitzer eines Filmtheaters mitteilt, daß jeder Lieberbringer einer toten Ratte an der Kaſſe ein Freibillet erhält.

Der deutſche Amtſchimmel reitet . . .

Ein Steuerzettel über einen Pfennig iſt immerhin keine Alltätigkeit. Auf einem Steuerzettel der Stadt Sonneberg iſt zu ſehen: Anſagen für das erſte Vierteljahr 0,01 Mark, Erziehung 0,01 Mark, mannehriges Sou 0,02 Mark, dazu Kirchensteuer 0,01 Mark, Summa 0,03 Mark. Quittiert iſt der Zettel von zwei Beamten. Rechnet man nun: ein Beamter, der den Zettel herausſchreibt, einer der ihn hinträgt zum Empfänger, der Steuerzahler, der den Betrag zur Kaſſe bringt und zwei Beamte, die quittieren — zuſammen fünf Mann, dazu die Koſten für Papier, Feder und Tinte, wahrſcheinlich eine ſparſame Wiſchwaſch! Dabei heißt es immer, die Beamten hätten nichts zu tun.

Verbrecheriſche Methoden

Der Verein Heimatfreier Oberſchleſier hat zwar ſchon manchmal unverzerrte Beweiſe ſeiner allen Rechtsbegriſſen hochpreisenden Handlungsweiſe gegeben, aber was, was er nun bei uns im abſtammungsgeordneten erlaubt, iſt nur halbe Arbeit gegenüber dem, was er jenseits der Demarkationslinie treibt. Dort, wo feinere Zuſammengedrängte gewahrt zu werden brauchen, wo keine polniſche Zeitung mehr darüber macht, ob die Methoden der denjenigen Gegenpartei fauber ſind, dort läßt man ungeniert jede Waſche fallen und kehrt das altpreußiſche ſtramme Weſen heraus, das allen Völkern von jeder den tieſten Haß, den ein unterdrücktes Volk anbieten kann, abgenötigt hat.

Im Weſten Deutſchlands, beſonders im weſtſächſiſchen Kohlengebiet, beſind ſich, wie jedermann weiß, eine große Anzahl von polniſchen Arbeitern, darunter vielen Oberſchleſiern, die durch die rückſichtsloſen preußiſchen Regierungsmethoden in ihrem Heimatlande Weſtpreußen, Poſen und Oberſchleſien zum Auswandern gezwungen waren und dort ihren notdürftigen Unterhalt ſuchen mußten. Dieſe Leute wurden aufs ſchamloſeſte ausgebeutet. Es iſt merkwürdig, daß genau wie in Oberſchleſien auch in Weſtſalens die polniſchen Arbeiter die härteſte und ſchwerſte Arbeitslaſt tragen müſſen.

Im Kriege ging es dieſen Arbeitern ebenſo wie in Oberſchleſien jämmerlich ſchlecht. Bei Hungerlöhnen, 12 ſtündigen Schichten, mußten die polniſchen Arbeiter für den preußiſchen Staat Reichtümer ſchaffen, damit er ſeinen verbrecheriſchen Krieg gegen die Welt fortführen konnte. Widerſpenſige wurden rückſichtslos in die vorderſte Linie gepreßt und ſielen zu Hunderttauſenden im Bruderkampfe gegen dieſenigen, die Befreier waren.

Nach dem Kriege hat ſich nichts geändert. In Oberſchleſien allerdings ſucht man vorläufig die polniſchen Arbeiter mit Zuckerbrot und ſüßen Verſprechungen zu locken und malt ihm das deutſche Paradies, das ja jeder als Soldat oder auch als Arbeiter gründlich kennen gelernt hat, in den goldenſten Farben. Der polniſche Arbeiter ſoll „auch“ biſchen Freiheit bekommen, er ſoll ſogar ſeine Muttersprache gebrauchen dürfen. Aber im Weſten glaubt man ſelbſt nicht an ſolche primitiven Anſtaltsregeln nicht halten zu brauchen. In der rückſichtsloſen Weiſe geht man gegen alle dieſenigen aus der polniſchen Bevölkerung vor, die ihr öſtliches Beſenntnis offen ablegen. Der Verband heimattreuer Oberſchleſier, der in dieſer Hinſicht ja ſchon eine traurige Vorſorge hat, hegt in unſchämter Weiſe gegen dieſenigen, denen der elende preußiſche Staat eigentlich zu unauslöſchlichem Dank verpflichtet wäre.

In verſchiedenen Schreiben an ſeine Bezirksgruppen ſucht dieſer Verband in aller möglichen Weiſe den Haß der dortigen Bevölkerung gegen die Polen aufzuſtacheln und dieſe dadurch herauszuſekeln. In einem der Schreiben wird empfohlen, die ſogenannten „oſtdeuſchen Flüchtlinge“, zumeiſt Beamte aus Poſen und Weſtpreußen, die ſich durch ihr preußiſches Weſen gegenüber der polniſchen Bevölkerung unmöglich gemacht haben, als Stoßtrupp gegen die Polen zu verwenden und die bei ihnen herrſchende „Erbitterung gegen das Polentum“ auf dieſe Weiſe geſchickt zu verwenden. Alle Bezirksgruppen ſollten mit dieſen „Flüchtlingen“, die zumeiſt ſich in Vereine zuſammengedrängten hätten, (unter dem Präſidat „Oſtſchup“) Fühlung nehmen und dieſe Leute ſofort verſtändigen, falls Polenverſammlungen abgehalten würden. Dieſe Stoßtruppler werden, wie es in dem Schreiben heißt, mit den Polen „kurze Rechnung“ machen. Alſo, eine regelrechte Treibjagd auf das polniſche Arbeitervolk ſoll veranſtaltet werden und das alles unter den Augen (mit der Zuſtimmung) der deutſchen Regierung. Viele Worte darüber zu machen, hieße die Wirkung abſchwächen, die das unerhörte Treiben dieſes verbrecheriſchen Verbandes auf jeden rechtlichen Menſchen machen muß. Wenn es am Schluß eines dieſer Schreiben, um die es ſich handelt, heißt: „Meine Andeutungen dürften ihnen wohl genügen und ſie auch ihrer gefälligen Nachricht entgegen“ ſo bedeutet das die Höhe von Gemeinheit und politiſcher Unmoral. Der „treudeutſche“ Gruß, den der Vorſitzende des Verbandes — natürlich mit einem Renegatenamen — beifügt, biete allerdings eine Erklärung für ſo viel Brutalität. Die Gebuld des polniſchen Volkes ſollte nicht zu ſtark ausgeſpannt werden. Bis jezt hat es in Weſtpreußen, Poſen und Oberſchleſien ſeinen ehemaligen Bedrückern, die aus

Haßſucht und Profitgier in die verpönte „Oſtmart“ gedrungen ſind, eine grenzenloſe Hangmüt bewieſen.

Solche Mittel, wie man ſie deutſcherſeits anwendet, können aber eine gegenseitige Toleranz unmöglich.

Preußiſches Loſpizeltum

Die Reaktion eini h-ſchen polniſchen Zeitung erſcheint folgendes charakteriſtiſches Schreiben: „Kation des „König Cas“ — Kation. Ich habe in Erfahrung gebracht, daß Sie Stimmen für die Volksabſtimmung in Oberſchleſien ſammeln. Da ich mich in ſehr ſchlechter ſekundärer Lage befinde, beabſichtige ich, meine Stimme für Polen abzugeben. Bitte um ein Angebot. Wenn Sie nicht die zehnhändige Stelle blähe ich um geſt Weitergabe an die Propagandaabteilung oder geſt Reichend, an welche polniſche Stelle ich mich in Berlin wenden kann. G.ſt. Nachricht erblie unter G. N. 231 020 Per in Nr. 4, polkolognd.“

Der brave Heimatfreie hat geglaubt, mit dieſer Loſpizeltweiſe die Polen ſympathisieren zu können. Nicht ſur ungut in die Herre! Die Mittel ſind zu plump und zu dumm, um wirken zu können. Wir ſtellen feſt, daß der Betante ein „Senorkens“ der Stimmen in die Lin entſandten iſt, denn dort zueiſt hat man mittels Verteilen von Geld und Beſchuldigungen Stimmung zu machen geſucht für die Fre des Anſchlusſes an Deutſchland. Wir hängen damit das neueſte Zeugnis preußiſchen Expiſtums nieder. Die Suche iſt war nicht neu, aber deſo dümmer.

Tarnowiz. (Folgen der Kriegswirtſchaft.) Die Zahl der unter 10 Kinder der bleſſen Stadler, einde beträgt laut ärztlicher Feſtſtellung 2500 Knaben und 2508 Mädchen. Die Kinder haben das Alter bis höchſtens 14 Jahre. Die Kinder nehmen an der Däſerplung teil. Ein Beuich in der Epſi anhalt bietet ein trauriges Bild von der ſchwerſten Verſorgung der Tarnowitzer Jugend.

Verantwortlicher Redakteur M. Smigielſki.

Druck und Verlag von E. Ibielmann.

Vorsichtige Frauen

bei denen die Monatsregel ausbleibt, die zu tun haben. Nahe al- in al- langjahr Fachmann kann ihn n noch helfen

Meine Original-Mittel bringen viel sofo- t überraschenden

Erfolg. Ein einziger Versuch macht auch Sie für ihr ganzes Leben wieder froh und glücklich und werden auch Sie handerte andere Frauen sich voller Dankbarkeit meiner erinnern. Ich habe ihn n nicht zuviel gesagt, was viele Frauen schriftlich beſtätigt haben, trotzdem un- ſchädlich, ſon- t Geld und ſä- tliche Unkosten zurück V rsand diſkret per Nachnahme.

E. Weuert Hamburg 824, 15) Cathar nenſtr. 2.

Jahnpulver Zahnpasta

„23“

Blendend weiße, gesunde Zähne

ab 8

In allen Apoth. Drog. u. Parfäm.

11 Waschsbaumleichte

norm bißig 1 Bfd. 40-6
id 15 A 10 Bfd. 146 A per
Nachnahme, 100 Bfd. 1400 A
Vorauszahlung auf mein
Beſchickung. Brestau Nr.
43497 T 9
Engros & Lehnert, Export
Brestau, Boſſar. 7

30 bis 45 Mark täglich

Nebenverdienst, noch weſentlich bei
nur 2 bis 3 Stunden täglicheit
Proſpekt Nr. 115 gratis (A48
P. Wagenſchmidt, Verlag, Leipzig

Toilettenseife

ff. parfümiert, hoch-
glanz poliert, ver-
Bgd. 36.50 Mt. a628 Julius Kluge, Sprottau in Schles

Polniſch. Unterricht

in Roſenberga

wird erteilt für Anfänger jeden Dienstag und
Freitag, für Fortgeſchrittene jeden Mittwoch und
Sonntag um 7 Uhr abends im

Polniſchen Plebiat-Büro (Bahnhofshotel).

Welcher ſchleſier iſt noch nicht
Mitglied der Oberſchleſiſchen Volkspartei?

Bitte ausschneiden, ausfüllen und einſenden an das
Generalsekretariat der Oberſchleſiſchen Volkspartei,
Beuthen Oſ., Birchowſtraße 16.

Beitrittserklärung.

Hiermit erkläre ich mich bereit, der Ober-
ſchleſiſchen Volkspartei, Sitz Beuthen Oſ., als
Mitglied beizutreten.

Wohnort: Kreis

Straße geb. am

Geburtsort Kreis

Vor- und Zuname

Beruf Beigetreten am

Jahrze. (Großes Grubenunglück.) Heute nachmittag
gegen 1½ Uhr brach im Rochanner Flöz der Brandenburg-
Grube bei Ruda ein unbedeutender Grubenbrand aus.